Entwicklungen antisemitischer Protestdynamiken 2025/26

Akteurskonstellationen, Narrative und Folgen für jüdisches Leben

democ.

Entwicklungen antisemitischer Protestdynamiken 2025/26

Akteurskonstellationen, Narrative und Folgen für jüdisches Leben

MAAP
Monitoring und Analyse antisemitischer Protestdynamiken

IMPRESSUM

HERAUSGEBER
democ e.V.
Postfach 440648
12006 Berlin
Mail: kontakt@democ.de
Telefon: 030.57 71 22 21

ERSCHEINUNGSJAHR
2026

VERANTWORTLICHER IM SINNE DES PRESSERECHTS
Linus Kebba Pook

REDAKTION
democ e.V.

»MAAP – Monitoring und Analyse antisemitischer Protestdynamiken« ist ein Projekt von democ. Für inhaltliche Aussagen tragen allein die AutorInnen die Verantwortung.

Gefördert durch:

Beauftragter der Bundesregierung
für jüdisches Leben in Deutschland
und den Kampf gegen Antisemitismus

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

HAFTUNGSAUSSCHLUSS
Die Informationen in dieser Broschüre wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Für die Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernimmt der Herausgeber keine Gewähr. Diese Publikation enthält Links zu Webseiten Dritter, auf deren Inhalt der Herausgeber keinen Einfluss hat. Deshalb kann dieser für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen. Für die Inhalte der angegebenen oder verlinkten Seiten ist stets der Anbieter oder Betreiber der jeweiligen Seiten verantwortlich.

Zusammenfassung

- Die antisemitische Protestmobilisierung hat sich seit dem 7. Oktober 2023 von einer akuten, ereignisbezogenen Gelegenheitsstruktur zu einem festen Bestandteil politischer Mobilisierung in Deutschland entwickelt. In den Jahren 2025 und 2026 bildeten sich dauerhafte Akteursnetzwerke und gefestigte Protestmilieus heraus; hier sind zwar rückläufige Teilnehmendenzahlen, aber auch Radikalisierungstendenzen und eine Verschärfung der antisemitischen Rhetorik zu beobachten.

- Langjährig aktive, oft PFLP-nahe oder islamistisch geprägte Strukturen beeinflussen Tonlage, Inhalte und Aktionsformen der Proteste maßgeblich. In denselben Protestkontexten treten die antiimperialistische Linke und zunehmend Teile der Klima-, der feministischen und der antimilitaristischen Szene auf; israelbezogene Mobilisierungen haben sie in ihre politische Praxis integriert.

- Die Anschlussfähigkeit antisemitischer und israelfeindlicher Narrative wird maßgeblich durch reichweitenstarke InfluencerInnen und Content-CreatorInnen, die auch ohne formale organisatorische Einbindung erhebliche Deutungsmacht entfalten, befördert. So entstehen flexible digitale Allianzen, in denen etablierte politische Trennlinien an Bedeutung verlieren.

- Kennzeichnend ist eine Diskursverschiebung, mit der antisemitische Narrative und Deutungsrahmen an gesellschaftlicher Akzeptanz gewinnen. Dazu zählen die Umdeutung von Gewalt in legitimen Widerstand, die Delegitimierung Israels, das Feindbild Zionismus, die Abwehr historischer Verantwortung sowie Verschwörungsdenken.

- Die beschriebenen Dynamiken gehen mit einem messbaren Anstieg antisemitischer Bedrohungen im öffentlichen und digitalen Raum einher: Jüdische Personen und Einrichtungen sind verstärkt Anfeindungen, Gewalt und erhöhten Schutzanforderungen ausgesetzt. Jüdische Perspektiven und Erfahrungen werden delegitimiert oder anhand ihrer Haltung zu Israel hierarchisiert – und gegebenenfalls aus öffentlichen Debatten ausgeschlossen.

Inhalt

Vorwort 9
Zwischen Geschichtsrevisionismus und Feindmarkierung: Mobilisierter Antisemitismus infolge des 7. Oktobers 2023 – Julius Gruber (Bundesverband RIAS)

1 Einleitung 15

2 Akteurslandschaft 17
Etablierte Netzwerke, neue Anschlussmilieus und Bündnisse

3 Antisemitische Narrative und Deutungsrahmen 25

4 Zur Wirkung ästhetischer Symbole und Codes 30

5 Folgen für Jüdinnen und Juden und die Erinnerungskultur 31

6 Fazit und Empfehlungen 35

Vorwort

Zwischen Geschichtsrevisionismus und Feindmarkierung: Mobilisierter Antisemitismus infolge des 7. Oktobers 2023

Julius Gruber,
Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e. V.
(Bundesverband RIAS)

Die antisemitischen Massaker der Hamas und ihrer Verbündeten am 7. Oktober 2023 veranlassten weltweit Menschen zu antisemitischen Handlungen und Äußerungen. Diese auch in Deutschland erkennbare Gelegenheitsstruktur für Antisemitismus[1] ist in starkem Maße von der Mobilisierung von Antisemitismus zu politischen Versammlungen geprägt.[2] Der Beitrag gibt einen Überblick über antisemitische Vorkommnisse in diesem Versammlungsgeschehen, die von den Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) dokumentiert wurden. Die Datengrundlage sind 3.533 Versammlungen zwischen dem 7. Oktober 2023 und dem 31. Dezember 2025, bei denen RIAS Formen von israelbezogenem Antisemitismus erfasste. Die Daten zeigen nicht nur einen Anstieg der durch RIAS dokumentierten Versammlungen, sondern auch eine Verschiebung in den Erscheinungsformen von Antisemitismus und in den politisch-weltanschaulichen Hintergründen, die hierbei registriert wurden.

Die ersten solcher Versammlungen fanden am 7. Oktober 2023 – nicht nach, sondern während der Massaker – statt. Die Massaker als zentrales Anlassereignis der Gelegenheitsstruktur schlugen sich mitsamt der an diesem Tag systematisch

1 RIAS versteht unter einer Gelegenheitsstruktur das Zusammenwirken von Ereignissen, die Anlass für antisemitische Vorfälle bieten, etwa Medienberichterstattung, Kampagnen politischer AkteurInnen, Reaktionen von Politik, Polizei und Justiz oder lebensweltliche Kontexte, die antisemitisches Handeln begünstigen. Vgl. Julius Gruber, Bianca Loy und Daniel Poensgen, *Antisemitische Vorfälle nach den Massakern der Hamas am 7. Oktober. Die Rolle von Gelegenheitsstrukturen für das antisemitische Vorfallgeschehen in Deutschland* (RIAS Working Paper Nr. 01/23; Bundesverband RIAS, 2024), abgerufen am 10. August 2026, https://www.report-antisemitism.de/documents/2024-05-17_Working-Paper-01-23_Antisemitische-Vorfaelle-nach-den-Massakern-der-Hamas-am-7-Oktober.pdf.

2 Vgl. Julius Gruber, »›Free the World from Israel‹ – Antisemitismus auf Versammlungen infolge des 7. Oktober 2023«, in *Politischer Antisemitismus in Deutschland seit dem 7. Oktober 2023. Dynamiken – Akteure – Wirkungen,* hg. vom Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (Bundesverband RIAS, 2025), abgerufen am 10. August 2026, https://www.report-antisemitism.de/documents/25-10-06_BVRIAS_Politischer-Antisemitismus-7-Oktober.pdf.

3 Vgl. Bianca Loy, *Die Verschränkung von Antisemitismus und Sexismus nach dem 7. Oktober 2023* (RIAS Working Paper Nr. 02/24; Bundesverband RIAS, 2024), abgerufen am 10. August 2026, https://www.report-antisemitism.de/documents/2024-12-18__RIAS_Working-Paper-3.pdf.

begangenen sexuellen Gewalt wiederholt inhaltlich im Antisemitismus nieder, der auf den Versammlungen dokumentiert wurde.[3]

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund

Vielfältige Akteure mit heterogenen ideologischen Traditionen prägten das Versammlungsgeschehen. Sämtliche politisch-weltanschaulichen Hintergründe, die RIAS unterscheidet, wurden im untersuchten Versammlungsgeschehen dokumentiert – wenn auch in sehr unterschiedlichem Maße. All diese Akteure eint, dass sie die Artikulation von Antisemitismus auf Versammlungen, die sie organisiert hatten oder an denen sie sich beteiligten, in der Regel tolerierten – oder ihn sogar selbst äußerten. Akteure des antiisraelischen Aktivismus, links-antiimperialistische und islamische/islamistische Akteure treten besonders hervor: In erster Linie waren es Akteure mit diesen Hintergründen, die Versammlungen anlässlich der Massaker und der folgenden Kriege organisierten und dazu mobilisierten.

Grafik 1

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund antisemitischer Vorfälle im Versammlungsgeschehen

rechtsextrem	14	0,4 %
links-antiimperialistisch	386	10,9 %
antiisraelischer Aktivismus	2.786	78,9 %
verschwörungsideologisch	66	1,9 %
islamisch/islamistisch	132	3,7 %
Hintergrund unbekannt	122	3,3 %
politische Mitte	17	0,5 %
christlich/christlich-fundamentalistisch	3	0,1 %
sonstige Hintergründe	7	0,2 %

Datengrundlage: 3.533 Versammlungen, bei denen RIAS israelbezogenen Antisemitismus dokumentierte; Erhebungszeitraum: 07.10.2023–31.12.2025.

Während des Jahres 2025 war eine neue Dynamik der Mobilisierung zu beobachten, die nun wesentlich breitere Teile des politischen Spektrums erfasste. Unter anderem nahmen die durch RIAS dokumentierten Versammlungen mit links-antiimperialistischem Hintergrund zu. Beispielsweise beteiligten sich nun beachtliche Teile der Partei DIE LINKE an Versammlungen, bei denen RIAS israelbezogenen Antisemitismus registrierte. Das bedeutet nicht, dass Parteimitglieder den von RIAS dokumentierten Antisemitismus unbedingt selbst artikulierten;

allerdings legitimierten sie solche Inhalte durch ihre Anwesenheit oder boten ihnen eine Plattform, indem sie entsprechende Versammlungen organisierten.

Ein Novum ist die Zunahme von Versammlungen mit israelbezogenen antisemitischen Inhalten, die RIAS dem politischen Hintergrund der politischen Mitte zuordnet. Dem Hintergrund »politische Mitte« ordnet RIAS antisemitische Vorfälle zu, deren AkteurInnen sich positiv auf die Bundesrepublik Deutschland und ihre Institutionen beziehen und die für sich in Anspruch nehmen, demokratische Positionen zu vertreten. Im Untersuchungszeitraum fanden 17 solcher Versammlungen statt, 14 davon 2025. Diese Zahlen sind im Verhältnis zu den insgesamt 3.533 Versammlungen zwar gering; angesichts der Tatsache, dass RIAS in der Vergangenheit kaum Versammlungen mit diesem Hintergrund bekannt wurden, kann diese Zunahme dennoch als Indikator einer zunehmenden gesellschaftlichen Normalisierung von Antisemitismus gedeutet werden.

Der politische Hintergrund des antiisraelischen Aktivismus macht nach wie vor den Großteil des von RIAS dokumentierten Versammlungsgeschehens seit dem 7. Oktober 2023 aus. Akteure mit sämtlichen von RIAS erfassten Hintergründen beteiligten sich vielmals an Versammlungen, bei denen dieser politische Hintergrund dominierte.

Erscheinungsformen

Neben direkten antisemitischen Bezugnahmen auf die Taten vom 7. Oktober 2023 bestehen typische Äußerungsformen des israelbezogenen Antisemitismus vor allem darin, den israelischen Staat in seiner Gesamtheit zu delegitimieren. Dazu gehören Parolen, die ein potenzielles palästinensisches Staatsgebiet so definieren, dass es das gesamte israelische Staatsgebiet umfasst – darunter die zahlreich dokumentierte Parole »From the river to the sea, Palestine will be free« –, oder die Behauptung, Israel begehe seit seinem Bestehen einen Genozid.

Oftmals richtet sich der israelbezogene Antisemitismus semantisch nicht gegen Israel, sondern gegen den Zionismus bzw. »die Zionisten«. Hierdurch wird nicht nur Jüdinnen und Juden pauschal die Legitimität ihrer Nationalstaatsbewegung abgesprochen: Die abwertende und substanzialisierende Zuschreibung »Zionist« bringt hier weniger die Zugehörigkeit zu der real existierenden Bewegung des Zionismus zum Ausdruck; vielmehr platziert sie die so bezeichnete Person in feindlicher Weise außerhalb der Wir-Gruppe, indem man sie mit negativ konnotierten Phänomenen identifiziert. Solche antisemitischen Feindmarkierungen gehen immer wieder mit Gewalt- und Erlösungsfantasien einher.

Israelbezogener Antisemitismus tritt oft zusammen mit anderen von RIAS erfassten Erscheinungsformen auf. Über alle politischen Hintergründe hinweg bildet der Post-Shoah-Antisemitismus eine gemeinsame Klammer: Circa bei einem Drittel wurde diese Erscheinungsform dokumentiert. Sie umfasst Formen des Antisemitismus, die die deutsche NS-Vergangenheit und die Shoah normalisieren oder relativieren, etwa durch die Parole »Free Palestine from German guilt«. Zu den Ausdrucksformen des Post-Shoah-Antisemitismus gehört auch die Täter-Opfer-Umkehr mittels historischer Analogien, die Israel dämonisieren, indem

Abb. 1 Ankündigung einer Versammlung der Alliance of International Feminists in Berlin zum zweiten Jahrestag der Massaker vom 7. Oktober 2023. Mit der Abbildung eines Paragliders werden die Massaker verherrlicht. Im zugehörigen Ankündigungstext heißt es: »Wir entschuldigen uns nicht für ihren Widerstand; ihr Widerstand ist unsere Hoffnung. Er ist unser Versprechen. Generation für Generation. Bis zur vollständigen Befreiung. Lasst uns am 7. Oktober die Straßen Berlins fluten!«

die Militäroperationen im Gazastreifen mit der Shoah gleichgesetzt werden. Wiederholt wurden Israelis oder ZionistInnen mit Nazis gleichgesetzt, etwa durch die Formulierung »Zionazis«, eine semantische Verquickung von »Zionisten« und »Nazis«. Neben der Schuldabwehr erfüllen solche Markierungen die Funktion der Feindbestimmung, wobei antifaschistische Feindbilder der politischen Linken zugleich tradiert und antizionistisch umgedeutet werden.

Vor dem Hintergrund, dass das primäre Feindbild der Proteste der israelische Staat darstellt, ist bemerkenswert, dass bei etwa einem Viertel der Versammlungen antijudaistischer Antisemitismus dokumentiert wurde, also religiös begründete antisemitische Stereotype, aber auch antisemitische Ressentiments gegen das Judentum als Religion. Immer wieder wurde die israelische Politik unter Rückgriff auf religiös begründete antisemitische Feindbilder beschrieben. So deutet die Parole »Kindermörder Israel« das Faktum, dass durch israelische Militäroperationen Kinder getötet wurden, in der Tradition der ursprünglich aus dem Christentum rührenden Ritualmordanschuldigungen. Auf vielen Versammlungen wurde Benjamin Netanyahu als Teufel oder Dämon dargestellt, etwa durch die Formulierung »Satanyahu«.

Bei 9,1 % der Versammlungen wurden RIAS Stereotype des modernen Antisemitismus, also Äußerungsformen, die mit Fantasien jüdischer Macht verbunden sind, bekannt. Diese reichten bis zu Weltverschwörungsmythen, die in der Regel über den begrifflichen Umweg »Zionisten« artikuliert wurden. Auf 6,5 % der Versammlungen wurden Formen des antisemitischen Otherings, also Inhalte, die Jüdinnen und Juden als außerhalb der Wir-Gruppe stehend imaginieren, dokumentiert. Typische Äußerungsformen sind die kollektive Haftbarmachung deutscher Jüdinnen und Juden für die israelische Politik, aber auch antisemitische Darstellungen vermeintlich jüdischer Physiognomie und antisemitische Tiermetaphoriken.

Grafik 2 **Erscheinungsformen von Antisemitismus im Versammlungsgeschehen**

israelbezogener Antisemitismus	3.533	100,0 %
antisemitisches Othering	232	6,5 %
Post-Shoah-Antisemitismus	1.166	33,0 %
moderner Antisemitismus	323	9,1 %
antijudaistischer Antisemitismus	843	23,8 %

Datengrundlage: 3.533 Versammlungen, bei denen RIAS israelbezogenen Antisemitismus dokumentierte; Erhebungszeitraum: 07.10.2023—31.12.2025. Antisemitische Vorfälle werden häufig mehreren Erscheinungsformen zugeordnet. Deshalb beträgt die Summe aller Anteile mehr als 100 %.

Antisemitismus im Kontext: Verherrlichung terroristischer Gewalt

Versammlungen sind dynamische Situationen, bei denen vielfältige politische Anliegen zum Ausdruck gebracht werden. Antisemitische Inhalte können auch in Kontexten artikuliert werden, die als solche keinen antisemitischen

Abb. 2 Versammlungsankündigung der Gruppe Bündnis Yousef Shaban. Farbwahl und Bildanordnung ähneln dem Logo der schiitisch-islamistischen Terrormiliz Hisbollah. Auf der Versammlung selbst kam es zu einer Reihe antisemitischer Äußerungen, unter anderem wurde auf Arabisch die Parole »Palästina ist arabisch vom Fluss bis zum Meer« gerufen.

Sinngehalt haben, aber die Wirkung antisemitischer Inhalte verstärken. Deshalb ist die Benennung dieser Kontexte relevant. Das kann eine bestimmte Route einer Demonstration – etwa entlang jüdischer Institutionen oder NS-Gedenkstätten – sein oder ein Inhalt, zum Beispiel die Verherrlichung von Gewalt. Letzteres war bei vielen der dokumentierten Versammlungen der Fall: Zahlreich wurde etwa die Intifada verherrlicht. Im Kontext des arabisch-israelischen Konfliktes ruft der Begriff vor allem die sogenannte Zweite Intifada in Erinnerung, eine mehrere Jahre anhaltende Terrorwelle Anfang der 2000er Jahre, bei der über tausend Israelis ermordet wurden.

Auch die Heroisierung terroristischer Akteure ist bei zahlreichen Versammlungen dokumentiert. Insbesondere die Transparente feministischer Akteure zierte wiederholt das Konterfei Leila Khaleds, einer ehemaligen Terroristin der Popular Front for the Liberation of Palestine (PFLP); die PFLP hatte sich am 7. Oktober 2023 am genozidalen Angriff gegen Israel beteiligt. Auf einer Reihe von Versammlungen wurden in Wort oder Bild Yahya Sinwar, der ehemalige Anführer der Hamas, sowie die schiitisch-islamistische Terrormiliz Hisbollah oder deren ehemaliger Anführer Hassan Nasrallah heroisiert.

Werden antisemitische Inhalte im öffentlichen Raum zusammen mit offener Terrorverherrlichung artikuliert, kann dies auf Betroffene eine besonders bedrohliche Wirkung entfalten.

1

Einleitung

Unmittelbar nach dem antisemitischen Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 war weltweit ein deutlicher Anstieg antisemitischer Vorfälle, darunter auch antisemitischer Gewalt, zu beobachten. Parallel dazu begann eine breite antisemitische Mobilisierung, die bereits vor der militärischen Reaktion Israels einsetzte. Auch in Deutschland entwickelte sich in den folgenden Wochen und Monaten, verstärkt durch den weiteren Verlauf im israelisch-palästinensischen Konflikt, ein breites Protestgeschehen auf der Straße und in digitalen Öffentlichkeiten. Auf zahlreichen Kundgebungen und Demonstrationen wurden israelbezogene antisemitische Narrative verbreitet, darunter jene, die Israel delegitimieren oder antisemitische Gewalt rechtfertigen. Tradierte Feindbilder wurden aktualisiert und neue Mobilisierungszusammenhänge geschaffen.

Im Verlauf der Jahre 2024/25 veränderte sich die Proteststruktur. Während die breite, anlassbezogene Beteiligung zurückging, bildeten sich dauerhafte Bündnisse und belastbare Netzwerkstrukturen heraus. Die Freilassung der letzten 20 noch lebenden israelischen Geiseln am 13. Oktober 2025 und die anschließende Waffenruhe veränderten diese Entwicklung nur geringfügig. Entsprechende öffentliche Versammlungen sind kein vorübergehendes, unmittelbar an die Kriegsereignisse gebundenes Phänomen mehr, sondern ein fester Bestandteil des politischen Protestgeschehens in Deutschland. Spätestens seit dem Irankrieg 2026 intensivierten sich zudem die Verbindungen zu proiranischen Gruppierungen. Parallel zu diesen Entwicklungen veränderten sich die Reichweite und die gesellschaftliche Anschlussfähigkeit der Inhalte: Positionen, die zuvor vor allem in randständigen oder ideologisch gefestigten Milieus vertreten wurden, finden verstärkt Eingang in breiteren aktivistischen Kontexten.

Der vorliegende Report untersucht zentrale Entwicklungen antisemitischer Protestdynamiken in den Jahren 2025 und 2026. Im Mittelpunkt stehen Akteurskonstellationen, Mobilisierungsstrukturen und wiederkehrende Narrative sowie deren Folgen für jüdisches Leben in Deutschland. Grundlage der Analyse sind Medienberichte, Dokumentationen von Kundgebungen und Demonstrationen, darunter Redebeiträge, Parolen und Transparente, Veröffentlichungen relevanter Akteure sowie wissenschaftliche Einordnungen.

Der Report nimmt nicht allein einzelne Vorfälle in den Blick. Sein Fokus liegt vielmehr auf wiederkehrenden Mustern, personellen und organisatorischen Kontinuitäten sowie Veränderungen politischer Deutungen und Ausdrucksformen. Im Zentrum

steht die Frage, wie sich antisemitische Protestmobilisierung verändert und verstetigt hat und welche Auswirkungen dies auf gesellschaftliche Debatten sowie auf das Sicherheitsgefühl und die gesellschaftliche Teilhabe von Jüdinnen und Juden hat.

2

Akteurslandschaft: Etablierte Netzwerke, neue Anschlussmilieus und Bündnisse

Die antisemitische Protestmobilisierung wird von einer vielschichtigen Akteurslandschaft getragen, in der unterschiedliche politische Milieus und organisatorische Strukturen zusammenwirken. Eine zentrale Rolle spielen professionell agierende und langjährig etablierte Netzwerke,[4] die bereits vor dem 7. Oktober 2023 in antiisraelischen Mobilisierungskontexten aktiv waren. Hinzu kommen neue Bündnisse und Anschlussmilieus, die entsprechende Narrative in weitere politische und gesellschaftliche Kontexte tragen. Eine dritte Ebene bilden digitale MultiplikatorInnen, die solche Deutungen über soziale Medien verbreiten und neue Öffentlichkeiten erreichen.

Etablierte Netzwerke, die über entsprechende organisatorische Ressourcen, politische Erfahrung und eine hohe Mobilisierungsfähigkeit verfügen, konnten im Zuge der Mobilisierungswellen seit dem 7. Oktober ihre Positionen stärker in die Breite tragen. Ihre Bedeutung bemisst sich dabei weniger an ihrer Größe als an ihrer langfristigen Präsenz, ihren gewachsenen Kontakten und ihrer Fähigkeit, Aktionsformen und Narrative über längere Zeiträume hinweg zu prägen.

Beispielhaft zeigt sich dieses Einflusspotenzial an den deutschen Strukturen im Umfeld der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP). Die säkular-linksnationalistische PFLP wird von der Europäischen Union als terroristische Vereinigung eingestuft. In Deutschland tritt sie in der Regel nicht unter eigenem Namen auf, sondern ist über Unterstützungsstrukturen und ihr nahestehende AktivistInnen in der Protestmobilisierung präsent. Eine zentrale Rolle spielt dabei das Vereinigte Palästinensische Nationalkomitee (VPNK); in ihm wirken insbesondere PFLP- und Hamas-nahe Akteure zusammen, und auch mit AktivistInnen der Fatah gibt es Abstimmungen. Als Anmelder und Organisator palästinensischer Proteste bündelt das VPNK unterschiedliche Akteure und tritt zugleich als vermeintlich überparteiliche Vertretung der palästinensischen

4 Ein aktueller Beitrag des Counter Extremism Project (CEP) plädiert dafür, organisierte Akteure stärker in den Blick zu nehmen. Darunter werden professionalisierte Akteure und Netzwerke gefasst, die systematisch antisemitische Narrative und Vorfälle erzeugen, finanzieren, mobilisieren oder ausnutzen. Vgl. Counter Extremism Project Germany (CEP), *Rethinking the Fight against Antisemitism after October 7: From Incident Response to Strategic Disruption* (CEP, 2026), abgerufen am 20. August 2026, https://www.counterextremism.com/sites/default/files/2026-04/Rethinking%20the%20Fight%20against%20Antisemitism%2C%20CEP%20Policy%20Paper%2C%20April%202026_3.pdf.

Sache auf. Die Anschlussfähigkeit, die dadurch entsteht, zeigt sich beispielsweise an den öffentlichen Auftritten von Ibrahim Ibrahim, einem langjährig aktiven PFLP-nahen Aktivisten und Vertreter des VPNK.

Abb. 3 Ibrahim Ibrahim als Redner auf einer Kundgebung am 5. Juni 2025 anlässlich des Besuchs des israelischen Außenministers Gideon Sa'ar vor dem Auswärtigen Amt in Berlin. Zu der Versammlung hatten verschiedene Organisationen aufgerufen, darunter Amnesty International Deutschland.

Unter anderem trat er im Juni 2025 bei einer Veranstaltung von Amnesty International[5] und im August 2025 bei einem Solidaritätsfest der Partei DIE LINKE Neukölln[6] als Redner auf. Am 11. Oktober 2025 sprach er bei der »United4Gaza«-Demonstration in Berlin und bezeichnete den Hamas-Führer Yahya Sinwar als »standhaften Führer« und »Märtyrerhelden«.[7] Sinwar war als Hamas-Führer im Gazastreifen maßgeblich für die Organisation und Koordination des Massakers vom 7. Oktober verantwortlich. Die ideologischen und organisatorischen Bezüge einzelner Beteiligter zu PFLP und Hamas treten in diesen breiteren Protestzusammenhängen häufig hinter ein gemeinsames Widerstandsnarrativ zurück. Dies erhöht die Anschlussfähigkeit der Struktur über ihr ursprüngliches Kernmilieu hinaus und erleichtert insbesondere den Zugang zu jüngeren aktivistischen Milieus.

5 Vgl. democ, »PFLP-Aktivist spricht bei Amnesty-Kundgebung in Berlin«, 11. Juni 2025, abgerufen am 20. August 2026, https://democ.de/artikel/pflp-amnesty-kundgebung/.

6 Vgl. Daniel Böldt, Alexander Fröhlich und Andreas Heimann, »Umstrittenes Soli-Fest in Kreuzberg: Neuköllner Linke feierte mit Unterstützer einer Terrororganisation«, *Tagesspiegel,* 09. August 2025, abgerufen am 20. August 2026, https://www.tagesspiegel.de/berlin/nahe-zur-hamas-antisemitismusbeauftragter-kritisiert-propalastinensisches-solidaritatsfest-der-linken-neukolln-als-skandalos-14154017.html.

7 democ, »Verherrlichung von Hamas-Führer bei United4Gaza«, 16. Oktober 2025, abgerufen am 20. August 2026, https://democ.de/artikel/verherrlichung-sinwar-united4gaza/.

Eine ähnliche Verschiebung zeigt sich bei den Forderungen der internationalen BDS-Bewegung (Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen). Vor allem der umfassende Boykott Israels galt lange als umstritten. Inzwischen sind Boykottaufrufe gegen israelische Unternehmen und Produkte sowie Forderungen nach einem kulturellen und akademischen Boykott in weiten Teilen der Protestmobilisierung etabliert und auch an Hochschulen verbreitet. An der Universität Leipzig initiierte die Hochschulgruppe Students for Palestine am 18. Mai 2026 eine studentische Vollversammlung, an der mehrere hundert Studierende teilnahmen.[8] Mit großer Mehrheit wurden dort die Forderungen nach dem Abbruch sämtlicher Kooperationen mit israelischen Universitäten verabschiedet. Die Universitätsleitung distanzierte sich von der Veranstaltung, doch der Vorgang verdeutlicht, dass der Boykott israelischer Hochschulen in studentischen Protestzusammenhängen inzwischen als legitime politische Forderung vertreten wird.

Ein weiteres Beispiel für langfristig gewachsene Strukturen ist das internationale Netzwerk Samidoun. Die PFLP-nahe Organisation spielte bis zu ihrem Verbot im November 2023 eine wichtige Rolle in der Mobilisierung in Deutschland. Bereits vor dem 7. Oktober 2023 verfügte sie über internationale Kontakte und lokale Unterstützungsstrukturen. Nach dem Verbot wirkten personelle und organisatorische Verbindungen in Teilen der Protestszene fort: Ehemalige Akteure treten dort weiterhin sicht- und hörbar auf, etwa indem sie Parolen auf Demonstrationen vorgeben. Die Fortführung dieser Strukturen über Proxy-Organisationen zeigt sich unter anderem an der Gruppe Masar Badil (MB), die 2020 im Umfeld von Samidoun entstand. Führende Köpfe – darunter der ehemalige PFLP-Funktionär Khaled Barakat und die Kanadierin Charlotte Kates – gründeten Masar Badil im Kontext der zunehmenden internationalen Repression gegen Samidoun.

Masar Badil lehnt das Existenzrecht Israels ab und befürwortet ausdrücklich den bewaffneten Kampf für Palästina. Mit Onlineveranstaltungen bringt sie westliche AktivistInnen mit Funktionären von Hamas, Islamischem Dschihad in Palästina und jemenitischen Huthi-Rebellen zusammen. Der Hamas-Sprecher Hossam Badran bedankte sich in einem dieser Seminare im November 2023 ausdrücklich bei linken Bewegungen im Westen.[9] Nasr al-Din Amer, stellvertretender Leiter der Medienbehörde der jemenitischen Huthis, forderte in einem anderen Seminar zur direkten Unterstützung auf: »Personen mit

8 Vgl. Melissa Hempel, »Vereinnahmung oder legitime Vollversammlung«, *luhze (Leipzigs unabhängige Hochschulzeitung),* 22. Mai 2026, abgerufen am 20. August 2026, https://www.luhze.de/2026/05/22/vereinnahmung-oder-legitime-vollversammlung/.

9 Vgl. democ, *Terrorpropaganda für den Westen. Die antiisraelische Organisation »Masar Badil«* (democ, 8. Oktober 2024), abgerufen am 20. August 2026, https://democ.de/documents/31/Dossier-Masar-Badil_democ.pdf.

technischen und ingenieurwissenschaftlichen Kenntnissen können sich direkt mit Widerstandsgruppen in Palästina in Kontakt setzen oder, falls dies schwierig ist, mit anderen engagierten Gruppen außerhalb Palästinas.«[10] Solche Aussagen tragen dazu bei, die Grenze dessen zu verschieben, was innerhalb der Protestbewegung als legitime Form von Widerstand gilt.

Abb. 4 Charlotte Kates auf einer Demonstration von Masar Badil und Samidoun in Madrid. Die Versammlung war Teil einer Konferenz zum Jahrestag des »glorreichen 7. Oktobers«. In ihrer Rede bezeichnete Kates den Terrorangriff als »heroische Operation des palästinensischen Widerstands«.

Neben dem PFLP-nahen Spektrum prägen auch islamistische Strukturen die Protestdynamiken maßgeblich mit. Die Anadolu Gençlik Derneği (AGD), eine türkische Jugendorganisation aus dem Umfeld der Millî-Görüş-Bewegung, ist in Deutschland als eingetragener Verein registriert und tritt formal als religiöse Vereinigung auf, die sich der Förderung von Kunst, Kultur und Bildung widmet. Organisatorisch ist der deutsche Ableger der AGD jedoch eng an die türkische Mutterorganisation und damit in ein transnationales islamistisches Netzwerk eingebunden. Enge ideologische und personelle Verbindungen unterhält das Netzwerk zur palästinensischen Terrororganisation Hamas. So traten bei Großveranstaltungen der AGD in der Türkei wiederholt hochrangige Vertreter der Hamas auf; den Hamas-Angriff vom 7. Oktober 2023 lobte der AGD-Vorsitzende Salih Turhan öffentlich.[11] Eine von einem Mitglied des

10 democ, *Terrorpropaganda für den Westen,* S. 20.

11 Vgl. Meira García, *Israelfeindliche Netzwerke. Die Anadolu Gençlik Derneği (AGD) und ihre Verbindung zur Hamas* (democ, 2025), abgerufen am 20. August 2026, https://democ.de/documents/47/260226_Israelfeindliche-Netzwerke_AGD-Hamas_democ.pdf.

Hamas-Politbüros an Turhan überreichte Auszeichnung würdigte zudem die Unterstützung der AGD für die Hamas.[12] Die AGD bildet also eine Schnittstelle zwischen dem türkischen Millî-Görüş-Spektrum und dem internationalen islamistischen Umfeld der Hamas. Für die Protestmobilisierung in Deutschland ist die AGD vor allem als Vernetzungs- und Unterstützungsstruktur relevant: In Berlin mobilisierte sie gemeinsam mit dem Bündnis Justice48 zu mehreren Großversammlungen. Damit bringt sie personelle Kontakte, organisatorische Ressourcen und politische Deutungen aus den islamistischen Millî-Görüş-Strukturen in breitere Protestzusammenhänge ein, ohne dass diese Strukturen namentlich in Erscheinung treten würden. Außerdem waren die AGD- und Millî-Görüş-Strukturen mit mehreren AktivistInnen an der Global Sumud Flotilla 2025 beteiligt.

Die Protestmobilisierung in Deutschland greift zunehmend auch geopolitische Deutungen auf, die über den israelisch-palästinensischen Konflikt hinausreichen. Spätestens seit dem Krieg zwischen Israel und Iran sind Symbole und Positionen des iranischen Regimes nicht mehr zu übersehen. Damit werden auch Narrative Teil der Protestmobilisierung, die den Iran und seine Verbündeten nicht als autoritäre und menschenrechtsverletzende Akteure, sondern als Teil eines emanzipatorischen Kampfes gegen Israel und den Westen deuten. Die geopolitische Freund-Feind-Ordnung des iranischen Regimes wird auf diese Weise in ein Narrativ von Unterdrückung und Befreiung übersetzt. Im Frühjahr 2026 gründete sich mit Hayhat eine Initiative, die kulturelle Veranstaltungen nutzt, um zugunsten des iranischen Regimes zu mobilisieren. Nicht nur unterstützte die palästinabezogene Protestszene die Demonstrationen der Initiative, es bestehen auch personelle und organisatorische Überschneidungen. Hayhat zeigt damit, wie proiranische Positionen in die breitere palästinabezogene Protestmobilisierung hineinwirken.

Israelfeindliche Deutungen haben trotz Bezügen zu islamistischen und terroristischen Netzwerken längst Eingang in die politische Praxis von Bewegungen gefunden, die ursprünglich nicht Teil der antiisraelischen Protestmobilisierung waren. Besonders deutlich zeigt sich dies im Zusammenwirken von Akteuren aus dem linken antiimperialistischen Spektrum mit islamistischen oder proiranischen Milieus. In solchen Protestzusammenhängen werden die iranische Führung, die Hisbollah oder die Huthi teilweise nicht als autoritäre Gruppierungen thematisiert,

12 Vgl. TV5, »AGD Fetih ve Gençlik Şöleni«, YouTube, 1. Juni 2024, abgerufen am 20. August 2026, https://www.youtube.com/watch?v=Wi2ZXtJlAgU&t=6655s.

13 Zuletzt zeigte sich diese Bündniskonstellation bei der Quds-Demonstration »Stoppt den Zionismus – Solidarität mit Palästina & Iran« am 14. März 2026: Organisiert wurde sie von Migrantifa Rhein-Main, einer Gruppe aus dem linken und studentischen Milieu; zugleich war ein erheblicher

sondern als legitime Akteure und Verbündete im Widerstand gegen Israel verstanden.[13]

Zu diesen Protestzusammenhängen gehören auch Teile der Klima- und der feministischen Bewegung. Als Anschlussmilieus erweitern sie die gesellschaftliche Reichweite der Proteste und tragen israelfeindliche Narrative in ihre politischen und sozialen Kontexte. So wurden feministische Aktionstage wie der Internationale Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen oder Veranstaltungen im Umfeld des Christopher Street Days für Mobilisierungen gegen Israel genutzt.[14] Aus dem Umfeld der Letzten Generation wurden etablierte Protestformen aus dem Klimaaktivismus auf israelbezogene Mobilisierungen übertragen; ein prominentes Beispiel ist zudem Greta Thunberg, die den Nahostkonflikt nach dem 7. Oktober 2023 zu einem zentralen Thema ihrer politischen Kommunikation machte.[15] Dominant sind antiisraelische Positionen bei antimilitaristischen Protesten, für die in breiten gesellschaftlichen Milieus geworben wird. Unter dem Gruppennamen »Peacefully Against Genocide« nutzten AktivistInnen Blockade- und Protestformen aus dem klimapolitischen Aktivismus für Kampagnen gegen Israel und die deutsche Unterstützung Israels.[16]

Teil der Teilnehmenden offenbar dem schiitisch-islamistischen Spektrum zuzurechnen. Vgl. democ, »Vernichtungsaufrufe auf Quds-Demo von Migrantifa Rhein-Main«, 14. März 2026, abgerufen am 20. August 2026, https://democ.de/artikel/quds-demo-ffm/.

14 Vgl. democ, »Gewaltverherrlichung auf Demonstration am ›Tag gegen Gewalt an Frauen‹«, 25. November 2025, abgerufen am 20. August 2026, https://democ.de/artikel/gewaltverherrlichung-auf-demonstration-gegen-gewalt-an-frauen/; Tilmann Warnecke, »Wut über den CSD, Nähe zu extremen Gruppen: Dyke*March geht in Berlin mit Konflikten auf die Straße«, *Tagesspiegel,* 24. Juli 2026, abgerufen am 20. August 2026, https://www.tagesspiegel.de/berlin/wut-uber-den-csd-nahe-zu-extremen-gruppen-dykemarch-geht-in-berlin-mit-konflikten-auf-die-strasse-15812451.html; ZDFheute, »Berliner Polizei löst Queer Pride auf«, 27. Juli 2025, abgerufen am 20. August 2026, https://www.zdfheute.de/politik/deutschland/international-queer-pride-demonstration-aufgeloest-antisemitismus-100.html.

15 Nach dem 7. Oktober 2023 verlagerte Thunberg einen Schwerpunkt ihres öffentlichen Engagements auf antiisraelische Mobilisierungen und wurde Teil bestehender Netzwerke. Sie unterstützte Aufrufe von Palästina Spricht, trat bei israelfeindlichen Veranstaltungen auf und beteiligte sich mit der Freedom Flotilla Coalition und der Global Sumud Flotilla an internationalen Kampagnen, die Israel einseitig für völkerrechtliche Verstöße verantwortlich machen.

16 Vgl. Dominik Mai, »Auf Boden und an Zaun festgeklebt: Propalästinensische AktivistInnen blockieren Zufahrt zu Berliner Rheinmetall-Fabrik«, *Tagesspiegel,* 10. April 2026, abgerufen am 20. August 2026, https://www.tagesspiegel.de/berlin/auf-boden-und-an-zaun-festgeklebt-propalastinensische-aktivisten-blockieren-zufahrt-zu-berliner-rheinmetall-fabrik-15454949.html.

Wie solche Milieus mit radikaleren Akteuren zusammentreffen können, zeigte sich im Juni 2026 bei Protesten gegen eine Rheinmetall-Fabrik in Berlin-Wedding. Dort skandierten Personen aus dem Samidoun-Umfeld arabische Parolen mit Aufrufen zum bewaffneten Kampf, jihadistischen Bezügen und direkten Verweisen auf die Al-Qassam-Brigaden, den militärischen Arm der Hamas. Umstehende reagierten teilweise mit Applaus und zustimmenden Rufen; Aufnahmen der Szenen wurden anschließend über soziale Netzwerke weiterverbreitet.[17] Diese Parolen gehören seit Langem zum Repertoire extremistischer Netzwerke. Neu ist ihre zunehmende Verbreitung in anderen und breiteren Protestzusammenhängen. Damit verändert sich der gesellschaftliche Kontext dieser radikalen Inhalte: Was innerhalb extremistischer Netzwerke als politische Ideologie erkennbar ist, wird in einem breiteren antimilitaristischen und friedenspolitischen Bündnisspektrum als Ausdruck einer kulturellen arabischen Identität wahrgenommen und dadurch einer kritischen politischen Einordnung entzogen.

Die Anschlussfähigkeit antisemitischer und israelfeindlicher Narrative wird maßgeblich digital durch InfluencerInnen, Content-CreatorInnen und politische AktivistInnen ermöglicht. Sie verdichten komplexe Ereignisse zu emotionalisierten, leicht teilbaren Inhalten, mobilisieren für Proteste und verbinden unterschiedliche Milieus. Da Inhalte über ideologische Grenzen hinweg aufgegriffen und verstärkt werden, entstehen flexible digitale Allianzen, in denen etablierte politische Trennlinien an Bedeutung verlieren. Reichweitenstarke Einzelpersonen entfalten dabei eine erhebliche Deutungsmacht, auch ohne formale organisatorische Einbindung. Ahmad Ahmad (»Ahmad Neu«) beispielsweise nutzt seine Reichweite auf TikTok und Instagram, um israelfeindliche Deutungen an ein jüngeres Publikum zu vermitteln; dabei verbindet er seine politischen Botschaften mit einem Auftreten als Helfer und als Unterstützer humanitärer Anliegen. Dass auch etablierte Strukturen von erfolgreichen InfluencerInnen profitieren, zeigt beispielhaft Abed Hassan. Nach dem 7. Oktober 2023 baute er mit Beiträgen aus dem Gazastreifen, die auch von öffentlich-rechtlichen Medien aufgegriffen wurden, eine erhebliche Reichweite auf. Mittlerweile ist er im Umfeld der AGD aktiv und tritt bei entsprechenden Protesten als prominente Persönlichkeit auf.

Die Verstetigung der Proteste wird durch eine unterstützende organisatorische Infrastruktur begünstigt. Dazu zählen Veranstaltungs- und Kampagnenstrukturen, juristische Unterstützung sowie Spendeninitiativen. RechtsanwältInnen und juristische Netzwerke beraten und vertreten AktivistInnen, während PolitikerInnen

17 Vgl. democ, »Berlin den 11.7.2026« (Videodokumentation), Instagram, 29. Juli 2026, abgerufen am 20. August 2026, https://www.instagram.com/p/DbYKOf5yXDS/.

durch öffentliche Solidaritätsbekundungen Rückhalt geben.[18] Zivilgesellschaftliche Initiativen stellen Räume und Kommunikationskanäle bereit oder organisieren Spenden für Prozess- und Anwaltskosten. Diese Ressourcen sichern die organisatorische Kontinuität, stärken die Handlungsfähigkeit der beteiligten Akteure und ermöglichen es, Aktivitäten auch unter rechtlichem oder öffentlichem Druck fortzuführen. Zudem erhöhen sie die gesellschaftliche Anschlussfähigkeit der Narrative.

18 Dazu gehört die Bochumer BSW-Politikerin Lina Bouchareb, die in einer Rede auf einer Demonstration in Stuttgart am 18. April 2026 den andauernden Konflikt zwischen Israel und den Nachbarstaaten mit dem Holocaust gleichsetzte. Vgl. democ, »Holocaust-Relativierung auf islamistischer Demonstration«, 18. April 2026, abgerufen am 20. August 2026, https://democ.de/artikel/holocaust-relativierung-auf-islamistischer-demonstration/.
Verbindungen gibt es auch zur verschwörungsideologischen Partei Die Gerechtigkeitspartei – Team Todenhöfer: Der Frankfurter Social-Media- und Polit-Aktivist Hani Karimian, der im Rhein-Main-Gebiet als das öffentliche Gesicht der islamistischen Gruppe Salehin gilt, war zuvor stellvertretender Bundesvorsitzender der Jugendorganisation der Todenhöfer-Partei Die Jungen Gerechten. Vgl. democ, »Propaganda, Feindbilder und antiisraelische Parolen auf Solidaritätsdemo mit dem iranischen Regime«, 5. April 2026, abgerufen am 20. August 2026, https://democ.de/artikel/propaganda-auf-solidarit%C3%A4tsdemo-mit-dem-iranischen-regime/.

3

Antisemitische Narrative und Deutungsrahmen

Kennzeichnend für die Entwicklungen antisemitischer Protestdynamiken 2025/26 sind Diskursverschiebungen, die Antisemitismus gesellschaftlich normalisieren. In den untersuchten Protestmilieus etablierten sich eine Reihe antisemitischer Narrative und Deutungsrahmen, vielfach über Formen der Umwegkommunikation vermittelt: etwa durch Chiffren, historische Analogien oder indem politische Begriffe und erinnerungspolitische Bezüge umgedeutet wurden. Auf diesem Wege fanden sie Eingang in verschiedene weitere Protestmilieus, aber auch in breitere politische, mediale und kulturelle Debatten. Diese Tendenz droht sich zu verstärken, da antisemitische Akteure entschlossener auftreten, wenn sie eine gesellschaftliche Mehrheit hinter sich wähnen. Aber auch sogenannte israelkritische Positionen, die für sich genommen richtigerweise grundgesetzlich geschützt sind und deren VertreterInnen sich von Antisemitismus abgrenzen mögen, tragen zur besagten Diskursverschiebung bei – und damit zu einem Klima, in dem Antisemitismus auch ganz offen, direkt und aggressiv ausgelebt wird.

Umdeutung von Gewalt in legitimen Widerstand

Wiederkehrend wird Gewalt in legitimen Widerstand umgedeutet. Jüdische und israelische Opfer treten als konkrete Betroffene in den Hintergrund, während die gegen sie gerichtete Gewalt als Selbstverteidigung, Befreiungskampf oder notwendige Gegenwehr gerechtfertigt wird. Besonders deutlich zeigt sich dieses Muster in der Deutung des Massakers vom 7. Oktober 2023. So bezeichnete die feministische Gruppierung Zora den Angriff als »historische[n] Moment für nationale Befreiungskämpfe weltweit«. Aus Teilen der deutschen Linken wurde der 7. Oktober als »Akt der Selbstverteidigung« gedeutet. Daneben wurde die Ermordung von ZivilistInnen bestritten oder relativiert; bisweilen wurde den BesucherInnen des Nova-Festivals sogar eine Mitschuld zugeschrieben, weil das Festival in unmittelbarer Nähe zum Gazastreifen stattgefunden habe.

Anschlussfähig werden solche Argumentationen vor allem dann, wenn sie in positiv besetzte Bezugssysteme wie Menschenrechte, Antirassismus, Dekolonisierung oder Befreiung eingebettet werden. Palästina erscheint nicht nur als konkreter geografischer und politischer Raum, sondern auch als universale Chiffre für Befreiung und globale Gerechtigkeit. Vor diesem Hintergrund können Parolen wie »Globalise the Intifada« oder »Ob mit Steinen und Gewehren,

Abb. 5 Auf einer Versammlung anlässlich des Nakba-Tags am 18. Mai 2024 in Berlin hält eine Person ein Schild mit der Aufschrift »Intifada = Völkerrecht«.

Palästina darf sich wehren«[19] als Ausdruck legitimen Widerstands gedeutet werden, während die damit verbundenen Gewaltvorstellungen und das antisemitische Anschlusspotenzial in den Hintergrund treten. In radikalisierten Ausprägungen kann daraus eine Vernichtungslogik entstehen, in der Jüdinnen und Juden oder Israel als kollektiver Feind und übermächtiger Gegner konstruiert werden, dessen Bekämpfung als notwendig und moralisch gerechtfertigt erscheint. Diese rhetorische Legitimierung von Gewalt kann einen Deutungsrahmen schaffen, in dem gar Angriffe auf jüdische Personen oder Einrichtungen relativiert oder gerechtfertigt werden.

Delegitimierung und Dämonisierung des israelischen Staates

Das Narrativ vom legitimen Widerstand ist eng geknüpft an eine grundsätzliche Delegitimierung des israelischen Staates. Diese zeigt sich etwa in Beschreibungen Israels als eines ausschließlich kolonialen oder genozidalen Projekts oder in der pauschalen Konstruktion der israelischen Gesellschaft als Siedlerkollektiv. Solche Deutungen blenden die gesellschaftliche und politische Heterogenität Israels aus. Sie verwischen die Unterschiede zwischen Zivilbevölkerung, staatlichen Institutionen, politischen und militärischen Akteuren und extremistischen Gruppierungen und begünstigen so die Zuschreibung kollektiver Verantwortung an Jüdinnen und Juden. Die Verbreitung von Parolen wie »Israel is not a state«, etwa in Sprechchören auf Demonstrationen, ist Ausdruck einer Normalisierung dieser Deutungen.

19 Vgl. democ, »Gewaltaufrufe auf Palästina-Demonstration in Frankfurt am Main«, 18. Juli 2026, abgerufen am 20. August 2026, https://democ.de/artikel/gewaltaufrufe-auf-palaestina-demonstration-in-frankfurt-am-main/.

Mit der Delegitimierung geht häufig eine Dämonisierung einher, die Israel als Verkörperung des Bösen markiert. Zum Ausdruck kommt dies unter anderem in sprachlichen Chiffren, die zugleich der Umwegkommunikation dienen: etwa in Verfremdungen des Staatsnamens wie »Israhell« oder »Isreal«.[20] Die neuen Chiffren werden mit tradierten antisemitischen Motiven verknüpft: Formulierungen wie »Kindermörder Israel« richten sich nicht nur gegen konkrete israelische Militäroperationen, sondern knüpfen auch an jahrhundertealte judenfeindliche Erzählungen an und aktualisieren diese im Kontext des Nahostkonflikts.

Zionismus als negative Chiffre

Besonders deutlich zeigt sich eine Diskursverschiebung in der gegenwärtigen Verwendung des Begriffs Zionismus. Seine negative Besetzung ist nicht neu, erhält durch digitale Medien und soziale Netzwerke jedoch eine deutlich größere Reichweite. Historisch bezeichnet Zionismus eine politische Bewegung, die im späten 19. Jahrhundert als Reaktion auf die jahrhundertelange Verfolgung, Diskriminierung und Ausgrenzung von Jüdinnen und Juden entstand. Ihr Ziel war es, einen jüdischen Staat als Schutzraum und Ausdruck kollektiver Selbstbestimmung zu schaffen und zu sichern. Der Zionismus war nie einheitlich, sondern umfasste unter anderem säkulare und religiöse, sozialistische und liberale Strömungen.

Abb. 6 Auf einer Versammlung am 28. Juni 2025 in Berlin-Kreuzberg hält eine Person ein Schild mit der Aufschrift »Zionism is the cancer of the world«.

20 Vgl. democ, »Gewaltverherrlichung auf Demonstration am ›Tag gegen Gewalt an Frauen‹«, 25. November 2025, abgerufen am 20. August 2026, https://democ.de/artikel/gewaltverherrlichung-auf-demonstration-gegen-gewalt-an-frauen/.

In gegenwärtigen israelfeindlichen Diskursen wird der Begriff aus diesem historischen Kontext gelöst und auf eine negative Chiffre reduziert: »Zionismus« dient als Sammelbegriff für Kolonialismus, Rassismus, Faschismus oder globale Machtstrukturen und zunehmend auch als politische Feindmarkierung im öffentlichen und digitalen Raum. In der Folge verschwimmt die Grenze zwischen konkreter Kritik an israelischer Politik und der pauschalen Delegitimierung jüdischer kollektiver Selbstbestimmung.

Abb.7 Auf der »United4Gaza«-Demonstration am 11. Oktober 2025 in Berlin hält eine Person ein Schild mit der Aufschrift »Your German guilt-complex kills Palestinians«.

Ablehnung der deutschen Staatsräson

Teile der Protestdiskurse richten sich gegen die aus der Shoah abgeleitete historische Verantwortung Deutschlands als Staatsräson; diese umfasst sowohl die Sicherheit Israels als auch den Schutz jüdischen Lebens. In Petitionen, öffentlichen Stellungnahmen und Protestbeiträgen wird diese Verantwortung nicht als historische Konsequenz nationalsozialistischer Verbrechen, sondern als Ursache einer vermeintlich einseitigen politischen Parteinahme zugunsten Israels dargestellt. Parolen wie »Free Palestine from German guilt« verdichten diese Umdeutung. Sie rahmen die deutsche Erinnerung an die Shoah als politische Belastung, die einer Solidarität mit PalästinenserInnen entgegenstehe und von der sich Deutschland lösen müsse. Letztlich wird damit die Bedeutung der Shoah für gegenwärtige politische und gesellschaftliche Verantwortung infrage gestellt. Verstärkt wird diese Verschiebung durch historische Vergleichslogiken. Gleichsetzungen Israels mit dem Nationalsozialismus oder die Bezeichnung des

Krieges im Gazastreifen als »neuen Holocaust« übertragen Kategorien der Shoah auf den gegenwärtigen Konflikt; damit nivellieren sie wesentliche historische Unterschiede und relativieren die Shoah. Innerhalb dieses Deutungsrahmens erscheint die Ablehnung Israels als progressiv oder emanzipatorisch, während die Gefährdung jüdischen Lebens und das Recht auf kollektive jüdische Selbstbestimmung in den Hintergrund treten oder grundsätzlich infrage gestellt werden.

Exemplarisch zeigt sich diese Dynamik an der Petition »Nie wieder Staatsräson« des islamistischen Aktivisten Suhaib Hoffmann aus dem Umfeld der Hizb ut-Tahrir.[21] Die Kampagne bezeichnete die deutsche Staatsräson als »Zwangssolidarität mit dem zionistischen Projekt«. Trotz des ideologischen Hintergrunds des Initiators fand die Petition auch über islamistische Milieus hinaus Unterstützung. Mit mehr als 500.000 Unterschriften erzielte sie eine hohe Resonanz. Ein erheblicher Teil wurde handschriftlich im Umfeld propalästinensischer Demonstrationen gesammelt; zusätzlich mobilisierten reichweitenstarke Szeneakteure und InfluencerInnen. Das Beispiel verdeutlicht eine grundlegende Verschiebung in der Funktion von Erinnerung: Die Shoah wird nicht mehr primär als historische Erfahrung der Verfolgung und Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden und als Ausgangspunkt gegenwärtiger Verantwortung verhandelt, sondern als politisches Argument im gegenwärtigen Nahostkonflikt.

Verschwörungsideologische Narrative

Verschwörungsideologische Erzählungen verdichten einzelne Ressentiments zu umfassenden Erklärungsmustern. Israel oder Jüdinnen und Juden erscheinen darin als verborgene Kräfte, die politische Entscheidungen, gesellschaftliche Entwicklungen oder mediale Debatten steuerten. Verbreitet sind etwa Behauptungen, »zionistische Netzwerke« würden maßgeblichen Einfluss auf Politik, Medien oder staatliche Institutionen in Deutschland nehmen.

Als besonders anschlussfähig erwies sich die Umwegkommunikation über Jeffrey Epstein.[22] Der Name Epstein wird inzwischen als antisemitischer Code für eine geheime jüdische Weltordnung, Kinderhandel und rituelle Gewalt genutzt. Damit werden jahrhundertealte Verschwörungsnarrative aufgegriffen und in Gegenwartskontexte übertragen.

21 Die Bewegung Hizb ut-Tahrir strebt die Errichtung eines Kalifats an und lehnt demokratische Ordnungen ab; in Deutschland ist sie seit 2003 mit einem Betätigungsverbot belegt.

22 Vgl. u. a. RechercheNetzwerk.Berlin, »24.05.2026 Berlin: Islamistische Demonstration für das autoritäre iranische Regime« (Fotodokumentation), flickr, 26. Mai 2026, abgerufen am 20. August 2026, https://www.flickr.com/photos/recherche-netzwerk-berlin/55296201065/in/album-72177720333878168.

4

Zur Wirkung ästhetischer Symbole und Codes

Der palästinabezogene Aktivismus etablierte im öffentlichen und digitalen Raum ästhetische identitätsstiftende Ausdrucksformen, die politische Positionierung mit popkulturellen Elementen verbinden. Die Kufiya fungiert dabei nicht nur als politisches Symbol, sondern auch als Marker der Gruppenzugehörigkeit. Die Wassermelone dient als szenetypischer Code, mit dem Haltung und Zugehörigkeit vermittelt werden können – auch dann, wenn auf Flaggen oder andere nationale Symbole verzichtet wird. Diese und weitere Ausdrucksformen finden sich in den Bildsprachen auf TikTok und Instagram, in Musik- und Veranstaltungsformaten und im Merchandising.

Solche ästhetischen Ausdrucksformen sind nicht zwangsläufig antisemitisch. Relevant für antisemitische Protestdynamiken werden sie zum einen, wenn sie niedrigschwellig Zugang und Zugehörigkeit zu Milieus ermöglichen, in denen vereinfachte Feindbilder, die grundsätzliche Ablehnung Israels und antisemitische Narrative zum Konsens gehören. Zudem können sie den Konformitätsdruck erhöhen. In Gemeinschaften, die politische Ambivalenz oder den Verzicht auf eine öffentliche Positionierung als mangelnde Palästinasolidarität interpretieren und sozial sanktionieren – etwa durch Ausschluss –, können ästhetische Symbole und Codes als Marker der Zugehörigkeit den Gruppendruck erhöhen. Langfristig können daraus Sozialisierungseffekte entstehen, sodass israelbezogener Antisemitismus als legitime politische Deutung übernommen wird.

5

Folgen für Jüdinnen und Juden und die Erinnerungskultur

Die beschriebenen Protestentwicklungen haben konkrete Folgen für Jüdinnen und Juden in Deutschland. Jüdische Einrichtungen, Veranstaltungen und Bildungsräume werden zunehmend mit antisemitischen Anfeindungen und erhöhten Sicherheitsanforderungen konfrontiert. Zugleich werden jüdische Perspektiven in öffentlichen Debatten relativiert, delegitimiert oder ausgeschlossen – insbesondere dann, wenn sie etablierten israelfeindlichen Narrativen widersprechen. Und auch die Erinnerungskultur gerät mehr und mehr unter Druck.

Antisemitische Bedrohungen und Gewalt

Nach dem 7. Oktober 2023 nahm die Zahl antisemitischer Vorfälle in Deutschland deutlich zu. Dokumentiert wurden unter anderem Bedrohungen jüdischer Einrichtungen, Sachbeschädigungen, antisemitische Markierungen im öffentlichen Raum und körperliche Angriffe. Politisch-weltanschauliche Akteure und das Versammlungsgeschehen, vor allem der antiisraelische Aktivismus, spielen hierbei eine erhebliche Rolle.[23]

Diese Entwicklung wirkt sich zunehmend auf den Alltag jüdischer Menschen aus. Am 4. August 2025 wurde ein Rabbiner in einem Supermarkt in Bad Homburg-Gonzenheim vor den Augen seiner Kinder angegriffen, nachdem der Täter ihm »Free Palestine« zugerufen hatte.[24] Am 21. Februar 2025 wurde am Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin ein Tourist attackiert, den der Täter für jüdisch hielt.[25] Diese Vorfälle sind nicht unmittelbar dem Protestgeschehen zuzurechnen, verdeutlichen jedoch den gesellschaftlichen Kontext, in dem sich die beschriebenen Mobilisierungen vollziehen. Dass im Zuge gegenwärtiger Protestdynamiken antisemitische Narrative normalisiert und verbreitet werden, dürfte antisemitische Vorfälle wahrscheinlicher machen.

23 Vgl. Gruber, Loy und Poensgen, »Antisemitische Vorfälle nach den Massakern der Hamas am 7. Oktober«; siehe auch das Vorwort von Julius Gruber in dieser Publikation sowie die bundesweiten und länderbezogenen RIAS-Jahresberichte, abrufbar unter: https://report-antisemitism.de/publications/.

24 Vgl. PD Hochtaunus – Polizeipräsidium Westhessen, »Rabbiner in Supermarkt angegangen«, Presseportal, 5. August 2025, abgerufen am 20. August 2026, https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/50152/6091033.

25 Vgl. Polizei Berlin, »Festnahme nach versuchtem Tötungsdelikt am Holocaust-Denkmal«, Berlin.de, 22. Februar 2025, abgerufen am 20. August 2026, https://www.berlin.de/polizei/polizeimeldungen/2025/pressemitteilung.1534308.php.

Die Folgen reichen über die unmittelbar Betroffenen hinaus. Wenn jüdische Einrichtungen, Veranstaltungen, Bildungsorte und Einzelpersonen dauerhaft mit erhöhten Sicherheitsanforderungen konfrontiert sind, verändert dies die Bedingungen, unter denen jüdisches Leben öffentlich stattfinden und sichtbar sein kann.

Bedrohungen im digitalen Raum

Antisemitische Bedrohungen beschränken sich nicht auf den öffentlichen Raum. Sie finden weiterhin auch im Digitalen statt und nehmen dort zunehmend hybride und sicherheitsrelevante Formen an: Neben klassischer Hassrede treten koordinierte Kampagnen, Desinformation und gezielte Cyberangriffe auf, häufig im Kontext geopolitischer Konflikte wie des Iran-Israel-Kriegs.[26] Dabei zeigen sich Allianzen zwischen staatlichen Cyberakteuren und hacktivistischen Gruppen sowie zwischen prorussischen, proiranischen und propalästinensischen Akteuren, die gemeinsam gegen jüdische und israelbezogene Ziele vorgehen.

Für jüdische Organisationen und Einzelpersonen gehört die daraus resultierende abstrakte wie konkrete Bedrohungslage zum Alltag. Von Doxing und Datenleaks über gezieltes Social Engineering bis hin zur gezielten Überlastung von Servern durch DDoS-Angriffe reicht die Bandbreite an Gefahren. Diese können Einschüchterung, psychische Belastung und mitunter unmittelbare physische Gefahr zur Folge haben und führen nicht selten zum Rückzug aus digitalen Räumen.[27]

Delegitimierung jüdischer Perspektiven

Mit der Normalisierung antisemitischer Narrative geht eine Verschiebung in der Wahrnehmung und Bewertung der Erfahrungen von Jüdinnen und Juden einher. Antisemitismus oder Betroffenheit angesichts des 7. Oktobers zu thematisieren, wird in Teilen der Protestszene als »zionistisch«, »Genozid-Verteidigung« oder »Ablenkung« delegitimiert. In progressiven Kontexten wird jüdische Identität häufig anhand ihrer (tatsächlichen oder zugeschriebenen) Haltung zu Israel hierarchisiert:

26 Vgl. democ, *Antisemitische Cyberbedrohungen im Schatten des Iran-Israel-Konflikts. Ein Lagebild für Politik, Behörden und jüdische Institutionen in Deutschland* (democ, März 2026), abgerufen am 20. August 2026, https://democ.de/documents/52/democ_Lagebild_Cyberbedrohungen.pdf.

27 Vor diesem Hintergrund setzt das Projekt »Teilhabe verteidigen« (THV) von democ an: Es zielt darauf ab, die digitale Resilienz und Teilhabe jüdischer und antisemitismuskritischer Organisationen zu stärken. Durch Monitoring, Schulungen und die Entwicklung von Sicherheitskonzepten unterstützt THV dabei, digitale Bedrohungen frühzeitig zu erkennen und wirksam auf sie zu reagieren. Vgl. democ, »Teilhabe verteidigen«, ohne Datum, abgerufen am 20. August 2026, https://democ.de/projekte/teilhabe-verteidigen/.

Politische Anerkennung erfahren vor allem Stimmen, die als »antizionistisch« gelten, während andere Positionen als politisch illegitim markiert werden. Damit wird Jüdinnen und Juden zunehmend jene Anerkennung als eigenständige Minderheit mit spezifischen und zugleich vielfältigen Erfahrungen und Perspektiven abgesprochen, die anderen gesellschaftlichen Gruppen in progressiven Kontexten selbstverständlich zugestanden wird.

Erinnerungskultur als politisches Konfliktfeld

Zunehmend gerät auch die Erinnerungskultur unter Druck. Exemplarisch zeigt dies der Vorfall um eine Teilnehmerin einer Gedenkveranstaltung zum 80. Jahrestag der Befreiung des KZ Buchenwald im April 2025. Sie war dort mit einer Kufiya erschienen und wollte dies ausdrücklich als politisches Zeichen im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Situation in Gaza verstanden wissen. Die Aufforderung, das Tuch abzulegen, verweigerte sie mit dem Verweis auf die universelle Geltung des Gebots »Nie wieder«. Die Gedenkstätte untersagte ihr daraufhin die Teilnahme an der Veranstaltung. Der Vorgang wurde anschließend in den sozialen Medien skandalisiert und mündete in die Kampagne »Kufiyas in Buchenwald«. Dabei wurde die Zutrittsverweigerung mit einem vermeintlichen Verbot der Kufiya gleichgesetzt und versucht, den Gedenkort selbst zum Schauplatz einer gegenwartsbezogenen politischen Auseinandersetzung zu machen. Die Gedenkstätte dementierte ein solches pauschales Verbot ausdrücklich.[28] Nicht das Tragen des Tuchs als solches, sondern dessen demonstrative Verwendung als politisches Statement im konkreten Gedenkkontext habe den Ausschluss begründet. Das Thüringer Oberverwaltungsgericht bestätigte später die Rechtmäßigkeit der Zutrittsverweigerung.

Derartige Vorgänge sind nicht isoliert zu betrachten. Vielmehr zeichnet sich als eine strukturelle Entwicklung ab, dass gezielt Gedenkorte genutzt werden, um den gegenwärtigen Krieg in Gaza zu adressieren. Die politische Instrumentalisierung reicht im Einzelfall bis zur Verherrlichung von Terror. Dies zeigte sich zuletzt in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen. Am 7. August 2026 erschien dort ein Teilnehmer eines internationalen antifaschistischen Jugendcamps mit einem T-Shirt, auf dem neben dem Slogan »Free Palestine« das Bild von Dalal Mughrabi abgebildet war.[29] Mughrabi war 1978 maßgeblich am Küstenstraßen-Massaker in Israel beteiligt, bei dem 38 Menschen, darunter 13 Kinder, getötet wurden. Es handelte sich um

28 Vgl. Verbände der Überlebenden und Angehörigen, »Entschiedene Zurückweisung der Kampagne Kufiyas in Buchenwald«, Gedenkstätte Buchenwald, 2. April 2026, abgerufen am 20. August 2026, https://www.buchenwald.de/newsroom/Verbaende-zur-Kufiya-Kampagne.

29 Vgl. Toi Staff, »Mauthausen staff call cops after dispute erupts over teen wearing ›Free Palestine‹ shirt«, *Times of Israel,* 8. August 2026, abgerufen am 20. August 2026, https://www.timesofisrael.com/mauthausen-staff-call-cops-after-dispute-erupts-over-teen-wearing-free-palestine-shirt/.

den folgenschwersten Terroranschlag gegen israelische ZivilistInnen vor dem 7. Oktober 2023.

KZ-Gedenkstätten sind Orte des Gedenkens, der historischen Aufklärung und der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Sie erinnern an die systematische Verfolgung, Entrechtung und Ermordung von Millionen Menschen, darunter sechs Millionen europäische Jüdinnen und Juden. Wird der gegenwärtige Nahostkonflikt auf dieses Erinnern und Gedenken übertragen, findet eine verzerrende Projektion statt: Historische Täter- und Opferrollen werden verkehrt und auf die Gegenwart übertragen, sodass Israel als Täter und Erbe der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik inszeniert wird. So wird das Gedenken an die Shoah für die politische Delegitimierung Israels instrumentalisiert.

6

Fazit und Empfehlungen

Die Protestdynamiken 2025 und 2026 zeigen, dass antisemitische Narrative nicht lediglich kurzfristige Reaktionen auf geopolitische Ereignisse sind. Sie knüpfen an tradierte antisemitische Motive und Feindbilder an, haben sich als dauerhafter Mobilisierungsfaktor etabliert und prägen wiederkehrend öffentliche Debatten und politische Konflikte. Über die Reaktion auf spezifische Ereignisse hinaus stabilisieren sie Feindbilder, in denen Israel – unabhängig von konkreten politischen Entscheidungen – zum zentralen Bezugspunkt von einseitiger Kritik, Delegitimierung und der Zuschreibung von Verantwortung und Schuld wird.

Entscheidend ist eine doppelte gesellschaftliche Diskursverschiebung. Zum einen etablieren sich neue Deutungsrahmen, die letztlich die Gefährdung jüdischen Lebens rechtfertigen oder normalisieren. Zum anderen verbreiten sich antisemitische Narrative, die die antiisraelische Protestmobilisierung prägen, auch in anderen Protestmilieus und in breiteren Debatten in Politik, Medien und Kultur. Israelbezogene Feindbilder und verschwörungsideologische Narrative verbinden unterschiedliche Protestfelder und schaffen Anschlussmöglichkeiten über ideologische Grenzen hinweg. Antisemitische Äußerungen werden nicht nur direkt, offen und in radikalisierter Form getätigt, sondern auch durch Umwegkommunikation und eingebettet in breitere politische Anliegen. Die Ausprägungen reichen von der Abwertung und Delegitimierung jüdischer Perspektiven bis zur Relativierung, Rechtfertigung und Verherrlichung antisemitischer Gewalt. Digitale Plattformen verstärken diese Entwicklung, indem sie emotionalisierende und vereinfachende Inhalte schnell verbreiten, wiederholen und normalisieren.

Die Folgen reichen weit über (einzelne) Protestmilieus hinaus. Sie betreffen die gesellschaftliche Wahrnehmung von Antisemitismus, die Anerkennung jüdischer Erfahrungen und die Sicherheit jüdischen Lebens im öffentlichen und digitalen Raum. Werden jüdische Perspektiven nach ihrer vermeintlichen politischen Haltung zu Israel bewertet und Betroffenenerfahrungen zurückgewiesen, verschieben sich die Grenzen dessen, was öffentlich als legitim und anschlussfähig gilt. Zugleich gerät die Erinnerungskultur unter Druck, wenn die Shoah aus ihrem historischen Zusammenhang gelöst und politisch funktionalisiert wird und wenn Erfahrungen von Krieg und Verfolgung gegeneinander ausgespielt werden.

Die Entwicklung der Protestdynamiken ist noch nicht abgeschlossen. Zwar haben einzelne, einst große Protestmobilisierungen an Umfang verloren, in den verbleibenden Milieus zeigen sich jedoch Radikalisierungstendenzen, die mit einer Verschärfung antisemitischer Rhetorik, einer zunehmenden Enthemmung und

der Legitimation politischer Gewalt einhergehen. Dass die Teilnehmendenzahl und die öffentliche Sichtbarkeit der Versammlungen abnehmen, ist daher nicht zwangsläufig mit einer Entspannung der Gefährdungslage gleichzusetzen. Besonders problematisch sind zunehmende Annäherungen und Verflechtungen unterschiedlicher Protestmilieus durch die gemeinsame radikale Ablehnung Israels. In solchen Konstellationen werden positive Bezugnahmen auf die Hamas, die Hisbollah, die Huthi-Bewegung oder das iranische Regime politisch anschlussfähig. Akteure, die für Terror, autoritäre Herrschaft und schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, erfahren aufgrund ihrer Gegnerschaft zu Israel Zustimmung oder werden als legitime Bündnispartner dargestellt.

Aus den Befunden ergibt sich ein mehrdimensionaler Handlungsbedarf. Zunächst ist eine kontinuierliche akteursbezogene Beobachtung antisemitischer Mobilisierungsstrukturen erforderlich. Sicherheitsbehörden, Wissenschaft und zivilgesellschaftliche Fachstellen sollten dabei systematisch deren personelle, organisatorische und digitale Vernetzungen berücksichtigen. Rechtsextreme, islamistische, linksautoritäre und verschwörungsideologische Protestmobilisierungen sind in ihren Wechselwirkungen zu analysieren, ohne ihre jeweiligen ideologischen und strukturellen Unterschiede einzuebnen.

Repressive Maßnahmen müssen verhältnismäßig und auf konkrete Handlungen und Strukturen bezogen bleiben und sich primär gegen professionell agierende extremistische Akteure richten, die die Radikalisierung der Proteste befeuern. Pauschale Einschränkungen politischer Versammlungs- und Meinungsfreiheit wären weder sachgerecht noch geeignet, antisemitische Ideologien langfristig zurückzudrängen. Entscheidend ist die Verbindung von Rechtsdurchsetzung, Prävention, politischer Bildung und dem Schutz der Betroffenen.

In der Wissensvermittlung sollten die Wandelbarkeit und die Komplexität des Antisemitismus stärker Berücksichtigung finden. Bildungs- und Präventionsangebote sollten neben offen judenfeindlichen Aussagen stärker und konsequenter auch indirekte Kommunikationsformen, Verschwörungserzählungen, die Delegitimierung jüdischer Selbstbestimmung und die Instrumentalisierung progressiver Begriffe adressieren. Voraussetzung aufseiten der Anbieter ist eine Sensibilität dafür, dass Antisemitismus weder auf ein einzelnes politisches Lager reduziert noch als bloßer Nebenaspekt anderer Diskriminierungsformen behandelt werden kann.

Jüdische Perspektiven und Betroffenenerfahrungen müssen in öffentlichen Debatten, in der Prävention und in institutionellen Entscheidungsprozessen

systematisch berücksichtigt werden. Dazu gehören verlässliche Schutz- und Beratungsangebote, die Stärkung jüdischer und antisemitismuskritischer Organisationen sowie Maßnahmen gegen digitale Einschüchterung, Doxing und Cyberangriffe. Der Schutz jüdischen Lebens darf dabei nicht allein als sicherheitspolitische Aufgabe verstanden werden, sondern muss auch die gleichberechtigte gesellschaftliche, politische und kulturelle Teilhabe gewährleisten.

Literatur, Quellen & Abbildungen

Böldt, Daniel, Alexander Fröhlich und Andreas Heimann. »Umstrittenes Soli-Fest in Kreuzberg: Neuköllner Linke feierte mit Unterstützer einer Terrororganisation«. *Tagesspiegel,* 09.08.2025. Abgerufen am 20. August 2026. https://www.tagesspiegel.de/berlin/nahe-zur-hamas-antisemitismusbeauftragter-kritisiert-propalastinensisches-solidaritatsfest-der-linken-neukolln-als-skandalos-14154017.html.

Counter Extremism Project (CEP) Germany. *Rethinking the Fight against Antisemitism after October 7: From Incident Response to Strategic Disruption.* CEP, April 2026. Abgerufen am 20. August 2026. https://www.counterextremism.com/sites/default/files/2026-04/Rethinking%20the%20Fight%20against%20Antisemitism%2C%20CEP%20Policy%20Paper%2C%20April%202026_3.pdf.

democ. *Terrorpropaganda für den Westen. Die antiisraelische Organisation »Masar Badil«.* democ, 8. Oktober 2024. Abgerufen am 20. August 2026. https://democ.de/documents/31/Dossier-Masar-Badil_democ.pdf.

democ. »PFLP-Aktivist spricht bei Amnesty-Kundgebung in Berlin«, 11. Juni 2025. Abgerufen am 20. August 2026. https://democ.de/artikel/pflp-amnesty-kundgebung/.

democ. »Verherrlichung von Hamas-Führer bei United4Gaza«, 16. Oktober 2025. Abgerufen am 20. August 2026. https://democ.de/artikel/verherrlichung-sinwar-united4gaza/.

democ. »Gewaltverherrlichung auf Demonstration am ›Tag gegen Gewalt an Frauen‹«, 25. November 2025. Abgerufen am 20. August 2026. https://democ.de/artikel/gewaltverherrlichung-auf-demonstration-gegen-gewalt-an-frauen/.

democ. »Vernichtungsaufrufe auf Quds-Demo von Migrantifa Rhein-Main«, 14. März 2026. Abgerufen am 20. August 2026. https://democ.de/artikel/quds-demo-ffm/.

democ. *Antisemitische Cyberbedrohungen im Schatten des Iran-Israel-Konflikts. Ein Lagebild für Politik, Behörden und jüdische Institutionen in Deutschland.* democ, März 2026. Abgerufen am 20. August 2026. https://democ.de/documents/52/democ_Lagebild_Cyberbedrohungen.pdf.

democ. »Propaganda, Feindbilder und antiisraelische Parolen auf Solidaritätsdemo mit dem iranischen Regime«, 5. April 2026. Abgerufen am 20. August 2026. https://democ.de/artikel/propaganda-auf-solidarit%C3%A4tsdemo-mit-dem-iranischen-regime/.

democ. »Holocaust-Relativierung auf islamistischer Demonstration«, 18. April 2026. Abgerufen am 20. August 2026. https://democ.de/artikel/holocaust-relativierung-auf-islamistischer-demonstration/.

democ. »Gewaltaufrufe auf Palästina-Demonstration in Frankfurt am Main«, 18. Juli 2026. Abgerufen am 20. August 2026. https://democ.de/artikel/gewaltaufrufe-auf-palaestina-demonstration-in-frankfurt-am-main/.

democ. »Berlin den 11.7.2026« (Videodokumentation), Instagram, 29. Juli 2026. Abgerufen am 20. August 2026. https://www.instagram.com/p/DbYKOf5yXDS/.

democ. »Teilhabe verteidigen«, ohne Datum. Abgerufen am 20. August 2026. https://democ.de/projekte/teilhabe-verteidigen/.

García, Meira. *Israelfeindliche Netzwerke. Die Anadolu Gençlik Derneği (AGD) und ihre Verbindung zur Hamas.* democ, 2025. Abgerufen am 20. August 2026. https://democ.de/documents/47/260226_Israelfeindliche-Netzwerke_AGD-Hamas_democ.pdf.

Gruber, Julius, Bianca Loy und Daniel Poensgen. *Antisemitische Vorfälle nach den Massakern der Hamas am 7. Oktober. Die Rolle von Gelegenheitsstrukturen für das antisemitische Vorfallgeschehen in Deutschland* (RIAS Working Paper Nr. 01/23). Bundesverband RIAS, 2024. Abgerufen am 10. August 2026. https://www.report-antisemitism.de/documents/2024-05-17_Working-Paper-01-23_Antisemitische-Vorfaelle-nach-den-Massakern-der-Hamas-am-7-Oktober.pdf.

Gruber, Julius. »›Free the World from Israel‹ – Antisemitismus auf Versammlungen infolge des 7. Oktober 2023«. In *Politischer Antisemitismus in Deutschland seit dem 7. Oktober 2023. Dynamiken – Akteure – Wirkungen,* herausgegeben vom Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus. Bundesverband RIAS, 2025. Abgerufen am 10. August 2026. https://www.report-antisemitism.de/documents/25-10-06_BVRIAS_Politischer-Antisemitismus-7-Oktober.pdf.

Hempel, Melissa. »Vereinnahmung oder legitime Vollversammlung«. *luhze (Leipzigs unabhängige Hochschulzeitung),* 22. Mai 2026. Abgerufen am 20. August 2026. https://www.luhze.de/2026/05/22/vereinnahmung-oder-legitime-vollversammlung/.

Loy, Bianca. *Die Verschränkung von Antisemitismus und Sexismus nach dem 7. Oktober 2023* (RIAS Working Paper Nr. 02/24). Bundesverband RIAS, 2024. Abgerufen am 10. August 2026. https://www.report-antisemitism.de/documents/2024-12-18__RIAS_Working-Paper-3.pdf.

Mai, Dominik. »Auf Boden und an Zaun festgeklebt: Propalästinensische AktivistInnen blockieren Zufahrt zu Berliner Rheinmetall-Fabrik«. *Tagesspiegel,* 10. April 2026. Abgerufen am 20. August 2026. https://www.tagesspiegel.de/berlin/auf-boden-und-an-zaun-festgeklebt-propalastinensische-aktivisten-blockieren-zufahrt-zu-berliner-rheinmetall-fabrik-15454949.html.

PD Hochtaunus – Polizeipräsidium Westhessen. »Rabbiner in Supermarkt angegangen«, Presseportal, 5. August 2025. Abgerufen am 20. August 2026. https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/50152/6091033.

Polizei Berlin. »Festnahme nach versuchtem Tötungsdelikt am Holocaust-Denkmal«, berlin.de, 22. Februar 2025. Abgerufen am 20. August 2026. https://www.berlin.de/polizei/polizeimeldungen/2025/pressemitteilung.1534308.php.

RechercheNetzwerk.Berlin. »24.05.2026 Berlin: Islamistische Demonstration für das autoritäre iranische Regime« (Fotodokumentation), Flickr, 26. Mai 2026. Abgerufen am 20. August 2026. https://www.flickr.com/photos/recherche-netzwerk-berlin/55296201065/in/album-72177720333878168.

Staff, Toi. »Mauthausen staff call cops after dispute erupts over teen wearing ›Free Palestine‹ shirt«. *Times of Israel,* 8. August 2026. Abgerufen am 20. August 2026. https://www.timesofisrael.com/mauthausen-staff-call-cops-after-dispute-erupts-over-teen-wearing-free-palestine-shirt/.

TV5. »AGD Fetih ve Gençlik Şöleni«, YouTube, 1. Juni 2024. Abgerufen am 20. August 2026. https://www.youtube.com/watch?v=Wi2ZXtJlAgU&t=6655s.
Verbände der Überlebenden und Angehörigen. »Entschiedene Zurückweisung der Kampagne Kufiyas in Buchenwald«, Gedenkstätte Buchenwald, 2. April 2026. Abgerufen am 20. August 2026. https://www.buchenwald.de/newsroom/Verbaende-zur-Kufiya-Kampagne.

Warnecke, Tilmann. »Wut über den CSD, Nähe zu extremen Gruppen: Dyke*March geht in Berlin mit Konflikten auf die Straße«. *Tagesspiegel,* 24. Juli 2026. Abgerufen am 20. August 2026. https://www.tagesspiegel.de/berlin/wut-uber-den-csd-nahe-zu-extremen-gruppen-dykemarch-geht-in-berlin-mit-konflikten-auf-die-strasse-15812451.html.

ZDFheute. »Berliner Polizei löst Queer Pride auf«, 27. Juli 2025. Abgerufen am 20. August 2026. https://www.zdfheute.de/politik/deutschland/international-queer-pride-demonstration-aufgeloest-antisemitismus-100.html.

Titelbild
Flickr / RechercheNetzwerk.Berlin, abgerufen am 7. September 2026, https://www.flickr.com/photos/recherche-netzwerk-berlin/55283373460/in/album-72177720333755637.

Grafik 1 und **Grafik 2**
RIAS, eigene Darstellung.

Abb. 1
Instagram, abgerufen am 31. August 2026, https://www.instagram.com/p/DPbUlPyDQtv/.

Abb. 2
Instagram.

Abb. 3
Flickr / RechercheNetzwerk.Berlin, abgerufen am 7. September 2026, https://www.flickr.com/photos/recherche-netzwerk-berlin/54577796369/in/album-72177720326730857.

Abb. 4
democ, abgerufen am 7. September 2026, https://democ.de/media/images/Madrid-14.width-1600.jpg.

Abb. 5
Flickr / RechercheNetzwerk.Berlin, abgerufen am 7. September 2026, https://www.flickr.com/photos/recherche-netzwerk-berlin/53734187669/in/album-72177720317122217.

Abb. 6
Flickr / RechercheNetzwerk.Berlin, abgerufen am 7. September 2026, https://www.flickr.com/photos/recherche-netzwerk-berlin/54621116108/in/album-72177720327197262.

Abb. 7
Flickr / RechercheNetzwerk.Berlin, abgerufen am 7. September 2026, https://www.flickr.com/photos/recherche-netzwerk-berlin/54859320403/in/album-72177720329724083.

Seit dem 7. Oktober 2023 haben sich antisemitische Protestdynamiken in Deutschland von einer akuten, ereignisbezogenen Gelegenheitsstruktur zu einem festen Bestandteil politischer Mobilisierungen entwickelt. Darin wirken unterschiedliche politische Milieus zusammen. Kennzeichnend ist eine Diskursverschiebung, mit der antisemitische Narrative und Deutungsrahmen an gesellschaftlicher Akzeptanz gewinnen – mit spürbaren Folgen für die Sicherheit und Teilhabe von Jüdinnen und Juden.